

**Frau
Dr. Anna Kaminsky – Bundesstiftung
Aufarbeitung
Kronenstraße 5
10117 Berlin**

Mannheim, den 10.01.2021

Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Sehr geehrte Frau Dr. Kaminsky,

es ist an der Zeit, dass wir als IEDF uns wieder einmal bei Ihnen zu Wort melden. In der Zwischenzeit hatte ich mehrfach mit Ihrem Justitiar Dr. Zabel kommuniziert und bin bei ihm auf ein grundsätzliches Verständnis gestoßen.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, Sie auf ein recht aufschlussreiches Dokument aufmerksam zu machen, in dem eine Bilanz aus den offiziellen Initiativen zum Doppeljubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“ gezogen werden soll. Sie werden sich erinnern: Wir hatten mehrfach den Wunsch geäußert, an der Organisation der Feierlichkeiten beteiligt zu werden. Vergeblich.

In der Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 09.10.2019 zum Stand der Jubiläumsfeierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ war das Anliegen der Bundesregierung formuliert worden:

„Das Jubiläumsjahr soll das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.“

Dieser Tage ist der Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission veröffentlicht worden.

Die Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung bei der historischen Würdigung der Friedlichen Revolution und ihrer Akteure ist, wie abzusehen war, völlig ausgeblendet geblieben. Der Fokus lag, wie die Zusammensetzung der Kommission bereits befürchten ließ, exklusiv auf Ostdeutschland.

Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hätte eigentlich die Aufgabe gehabt, den Prozess, der zur Friedlichen Revolution des Herbstes 1989

fürhte, in den Gesamtzusammenhang mit der Flucht- und Ausreisebewegung der 70-, 80-er Jahre zu stellen.

Schließlich hatten DDR-Bürger in der Zeit der deutschen Teilung, wenn überhaupt, ihren Protest gegen die SED-Diktatur nicht anders zum Ausdruck bringen können, als durch „Abstimmung mit den Füßen“. Sie sind Deutsche, konkret sehr aufrechte Ostdeutsche in jener Zeit. Ihre Rolle als Vorhut der DDR-Bürgerbewegung, als Wegbereiter der Friedlichen Revolution, wird verschwiegen. Ihre Angebote zur Mitwirkung an der Agenda zur Begehung des Doppeljubiläums waren durchweg unbeantwortet geblieben.

Die systemische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die durch den konkreten Bezug auf den Beitritt der DDR in einen bösen Kausalzusammenhang gestellt ist, wird durch den Abschlussbericht verfestigt.

Und jetzt?

Die Deutsche Einheit wurde über die Köpfe der DDR-Flüchtlinge hinweg gefeiert. Seit dem Beitritt der DDR sind sie an den „Katzentisch“ verbannt. In moralischer, politischer, sozialer Beziehung.

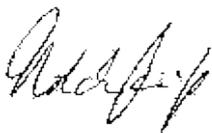
Die schlimmste Demütigung für einen Menschen ist die, dass man ihn ignoriert. Das gilt folgerichtig erst recht für eine Gruppe von Menschen.

Genau das ist es, was die DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekauften seit der Gründung der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ im Jahre 2008 erleben.

Die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS) und die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) haben gemeinsam die anliegende Stellungnahme zu dem Abschlussbericht der Kommission (Denkschrift) verfasst. Es ist zu wünschen, dass unsere Stellungnahme von der Berliner Politik zur Kenntnis genommen und beachtet wird.

Die Bundesstiftung hat Möglichkeiten der Unterstützung. Ich erinnere mich sehr gut, dass Sie vor einigen Jahren einmal die Organisation eines Kolloquiums über das Rentenrecht in Aussicht gestellt hatten. Wir haben nichts wieder davon gehört.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)



Felix Heinz Holtschke
(VOS Landesvorsitzender NRW)

Anlagen:

- Dokumentation zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ (Denkschrift)
- Briefe vom 16.05.2020 und 13.08.2020 an Herrn Dr. Zabel zur Information